

Modul 4

DER ELYSÉE-VERTRAG IM WIDERSTREIT DER MEINUNGEN

- In einem ersten Schritt soll der Elysée-Vertrag inhaltlich erarbeitet werden.
- Dies kann auf klassisch reorganisierende Weise geschehen
- oder über folgenden Arbeitsauftrag:
- Untersuchen Sie den vorliegenden Vertragstext, indem Sie folgende Zitate auf Ihre Berechtigung überprüfen:
 - „Der Bundeskanzler ist und mag dessen zufrieden sein, dass dieser Vertragsabschluss es nach menschlichem Ermessen den beiden Nachbarländern unmöglich macht, jemals wieder getrennte Wege zu gehen.“ (Jürgen Tern: Der Zweibund, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 24. Januar 1963, S.1)
 - „Der vorgelegte Vertrag dient diesem Ziel (einer deutsch-französischen Annäherung - K.P.) in einer Weise, die andere Bündnispartner nicht stören muss.“ (Chrysostomus Zodel: Die Versöhnung, in: Stuttgarter Nachrichten, 23. Januar 1963)
 - „Die Bundesregierung hat umso eher mit Schwierigkeiten zu rechnen, als die Regierungen zwischen Den Haag und Rom den Eindruck gewinnen könnten, der Bundeskanzler habe unversehens seine Politik der 'Integration' Europas einem Sonderbund mit de Gaulle und einer französisch – deutschen Präponderanz zum Opfer gebracht.“ (Jürgen Tern, a.a.O.)
- Erarbeiten Sie mit Hilfe der Materialien M 1, M 2, M 3, M 4, M 5 und M 6 und der Ereignistabelle die Perspektiven und Probleme, die der Vertrag auf europäischer und atlantischer Ebene eröffnet bzw. aufwirft und erklären Sie die Haltung der beiden vertragsschließenden Regierungen bzw. Regierungschefs.
- Untersuchen Sie (ggf. in Arbeitsgruppen) die unterschiedlichen Standpunkte zum Vertrag in den Presseartikeln und Karikaturen (M 7 bis M 11). Nehmen Sie auf der Grundlage Ihrer historischen Kenntnisse dazu Stellung.

M 4/1



23/1/2003

Deutsch-französische Grundsatztexte

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit - 22. Januar 1963



Gemeinsame Erklärung zum 22. Januar 1963

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General de Gaulle, haben sich

- zum Abschluß der Konferenz vom 21. und 22. Januar 1963 in Paris, an der auf deutscher Seite der Bundesminister des Auswärtigen, der Bundesminister der Verteidigung und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen; auf französischer Seite der Premierminister, der Außenminister, der Armeeminister und der Erziehungsminister teilgenommen haben,

- in der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neugestaltet,

- in dem Bewußtsein, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander verbindet,

- angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Jugend sich dieser Solidarität bewußt geworden ist, und daß ihr eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zukommt,

- in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist, mit der Organisation und den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, wie sie in dem heute unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind, einverstanden erklärt.

GESCHEHEN zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften in deutscher und französischer Sprache.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:
ADENAUER

Der Präsident der Französischen Republik:
DE GAULLE

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Im Anschluß an die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik vom 22. Januar 1963 über die Organisation und die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurden die folgenden Bestimmungen vereinbart:

I. Organisation

1. Die Staats- und Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführung des im folgenden festgelegten Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, sooft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich.
2. Die Außenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten obliegen, allmonatlich abwechselnd in Bonn und Paris zusammen, um den Stand der vorliegenden Fragen festzustellen und die Zusammenkunft der Minister vorzubereiten. Ferner nehmen die diplomatischen Vertretungen und die Konsulate der beiden Staaten sowie ihre ständigen Vertretungen bei den internationalen Organisationen die notwendige Verbindung in den Fragen gemeinsamen Interesses auf.
3. Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmäßige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt. Sie beeinträchtigen in keiner Weise die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe - Deutsch-Französische Kulturkommission, Ständige Gruppe der Generalstäbe -, deren Tätigkeit vielmehr erweitert wird. Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.
 - a) Der Verteidigungs- und der Armeeminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Ferner trifft sich der französische Erziehungsminister in den gleichen Zeitabständen mit derjenigen Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.
 - b) Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen; im Verhinderungsfalle werden sie durch ihre verantwortlichen Vertreter ersetzt.
 - c) Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen oder sein Vertreter trifft sich wenigstens einmal alle zwei Monate mit dem französischen Hohen Kommissar für Jugend und Sport.
4. In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.

II. Programm

A. Auswärtige Angelegenheiten

1. Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen. Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände:
 - Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit;
 - Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich;
 - Angelegenheiten, die in der Nordatlantikvertragsorganisation und in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt werden und an denen die beiden Regierungen interessiert sind, insbesondere im Europarat, in der Westeuropäischen Union, in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen.
2. Die auf dem Gebiet des Informationswesens bereits bestehende Zusammenarbeit wird zwischen den beteiligten Dienststellen in Bonn und Paris und zwischen den Vertretungen in Drittstaaten fortgeführt und ausgebaut.
3. Hinsichtlich der Entwicklungshilfe stellen die beiden Regierungen ihre Programme einander systematisch gegenüber, um dauernd eine enge Koordinierung durchzuführen. Sie prüfen die Möglichkeit, Vorhaben gemeinsam

in Angriff zu nehmen. Da sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite mehrere Ministerien für diese Angelegenheit zuständig sind, wird es die Sache der beiden Außenministerien sein, die praktischen Grundlagen dieser Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen.

4. Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.

B. Verteidigung

I. Auf diesem Gebiet werden nachstehende Ziele verfolgt:

1. Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Es werden deutsch-französische Institute für operative Forschung errichtet.

2. Der Personalaustausch zwischen den Streitkräften wird verstärkt; er betrifft insbesondere die Lehrkräfte und Schüler der Generalstabsschulen; der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken. Zur Erleichterung dieses Austausches werden beide Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein.

3. Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren.

Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben.

II. Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

C. Erziehungs- und Jugendfragen

Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen werden die Vorschläge, die in den französischen und deutschen Memoranden vom 19. September und 8. November 1962 enthalten sind, nach dem oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen.

1. Auf dem Gebiet des Erziehungswesens richten sich die Bemühungen hauptsächlich auf folgende Punkte:

a) Sprachunterricht

Die beiden Regierungen erkennen die wesentliche Bedeutung an, die der Kenntnis der Sprache des anderen in jedem der beiden Länder für die deutsch-französische Zusammenarbeit zukommt. Zu diesem Zweck werden sie sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen. Es erscheint angebracht, an allen Hochschulen in Deutschland einen für alle Studierenden zugänglichen praktischen Unterricht in der französischen Sprache und in Frankreich einen solchen in der deutschen Sprache einzurichten.

b) Frage der Gleichwertigkeit der Diplome

Die zuständigen Behörden beider Staaten sollen gebeten werden, beschleunigt Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, die Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome zu erlassen.

c) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung

Die Forschungsstellen und die wissenschaftlichen Institute bauen ihre Verbindungen untereinander aus, wobei sie mit einer gründlicheren gegenseitigen Unterrichtung beginnen; vereinbarte Forschungsprogramme werden in den Disziplinen aufgestellt, in denen sich dies als möglich erweist.

2. Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut.

Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der der Begegnung und dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen

beiden Ländern dient.

III. Schlußbestimmungen

1. In beiden Ländern werden die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Verwirklichung des Vorstehenden getroffen. Die Außenminister stellen bei jeder ihrer Zusammenkünfte fest, welche Fortschritte erzielt worden sind.

2. Die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten.

3. Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der die Verteidigung betreffenden Bestimmungen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenseitige Erklärung abgibt.

4. Die beiden Regierungen können die Anpassungen vornehmen, die sich zur Ausführung dieses Vertrages als wünschenswert erweisen.

5. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald jeder der beiden Vertragschließenden dem anderen mitgeteilt hat, daß die dazu erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:
ADENAUER

Der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland:
SCHRÖDER

Der Präsident der Französischen Republik:
DE GAULLE

Der französische Premierminister:
POMPIDOU

Der französische Außenminister
COUVE DE MURVILLE

Mat 4/2 Radiosendung Deutsche Welle vom 22. Januar 2012

<http://radio-download.dw.de/Events/dwelle/kalenderblatt/0122.mp3>

Mat 4/3

Das erste Veto des Generals de Gaulle gegen den Beitritt GB

Am 14. Januar 1963 gibt General de Gaulle eine Pressekonferenz, auf der er sich gegen den Beitrittsantrag des Vereinigten Königreichs ausspricht. Er beruft sich auf die Unvereinbarkeit der wirtschaftlichen Interessen des Kontinents mit denen des Inselstaates. Er fordert, dass Großbritannien alle Bedingungen der Sechs akzeptiert und seine Verpflichtungen gegenüber den Staaten in seiner Freihandelszone aufgibt. Am 28. Januar zwingt die französische Regierung ihre fünf europäischen Partner, die noch unter dem Schock dieses einseitigen Vetos stehen, die Beitrittsverhandlungen mit den Kandidatenstaaten zu vertagen.

Der französische Staatspräsident befürchtet, dass durch eine neue Bewerbung die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Gefahr gerät und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sich in eine große Freihandelszone verwandelt. Er sieht Großbritannien als Trojanisches Pferd der Vereinigten Staaten, denn der britische Beitritt würde in seinen Augen das europäische Europa zu einem atlantischen Europa entstellen. Er spricht sich für die Vertiefung und die Beschleunigung und gegen die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes aus. Er stellt die europäische Gesinnung Großbritanniens in Frage. Die Haltung des Generals de Gaulle lässt sich auch unabhängig von den Interessen der EWG erklären. Zu den anti-englischen Ressentiments, die er seit seinem Londoner Exil hegt, kommen Befürchtungen bezüglich eines anglo-amerikanischen Atombündnisses hinzu. Durch die Lieferung amerikanischer *Polaris*-Raketen an Großbritannien im Oktober 1962 wird das gute britisch-französische Bündnis erschüttert, während de Gaulle sich immer weiter an Deutschland annähert.

Mat 4/4 :

Alain Peyrefitte, C'était de Gaulle. Trois Tomes. Tome 2, Paris 1997, Chapitre III/3

Der Informationsminister Alain Peyrefitte wird vom Staatspräsidenten General de Gaulle über wesentliche Überlegungen und Hintergründe im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Vertrag informiert.

[S. 814] Das Jahr 1963 ist nicht nur das Jahr der großen Weigerungen des Generals: Verweigerung des gemeinsamen Marktes gegenüber England, Verweigerung der multilateralen Atomstreitmacht (MLF) gegenüber den Amerikanern. Das Jahr ist auch das Jahr eines großen Engagements, nämlich das Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland, die sich in einem feierlichen Vertrag miteinander verbinden. Adenauer und der General werden ihn im Elysee-Palast unterzeichnen.

Außenminister Couve de Murville kündigt am 3. Januar 1963 im *Conseil* (Ministerrat) folgendes an: „Kanzler Adenauer kommt am 21. und 22. Januar nach Paris. Die deutsch-französische Zusammenarbeit nimmt Gestalt an.“

GdG: „Wir werden zu zweit das tun, was Belgier und Holländer für das Europa der sechs verhindern wollen. Aber diese beiden zählen viel mehr als die vier anderen zusammen.“

Im *Conseil* (Ministerrat) am 9. Januar 1963 berichtet Couve über die multilaterale Atomstreitmacht (MLF) im Gefolge des Abkommens von Nassau:

„Einerseits fürchten die Deutschen, dass Großbritannien und Frankreich eine besondere Stellung in der NATO bekleiden, die sie selbst nicht hätten; andererseits möchten sie gerne bei der Atomstreitmacht mitmachen und fühlen sich von ihr angezogen.“

GdG: „Die Deutschen haben Komplexe. Man muss sie verstehen.“

Der General ist sehr nachsichtig. Er hofft, dass die Anziehungskraft der neuen deutsch-französischen Beziehungen stärker sein wird und dass Deutschland mit Hilfe Frankreichs „sich dekolonisieren“ werde. (...)

[816] *Salon doré* 23. Januar 1963

Der General hat mich zu sich gerufen, um mich zu informieren. (...) Er entwickelt seine Gedanken zum deutsch-französischen Vertrag. „Das ist nicht ein einfaches Abkommen so wie wir es zuerst vorgesehen hatten. Adenauer hat Wert darauf gelegt, es in die feierliche Form eines Vertrages zu kleiden und vom Bundestag ratifizieren zu lassen. Also sollten auch wir eine parlamentarische Zustimmung einholen.“

„Der Eindruck des Vertrages soll so spektakulär wie möglich sein. Adenauer hat mir gesagt, „die Erklärung und der Vertrag, die wir unterzeichnet haben, sind die Krönung meines Lebens.“ Wir sehen beide mit aller Ruhe die Aufregung um den Vertrag. Diese wird vorübergehen. Das Wesentliche, nämlich die deutsch-französische Annäherung, wird bleiben.“

„Diesem Vertrag können sich die vier anderen Mitglieder der EWG anschließen. Die europäische politische Zusammenarbeit ist unmöglich, wenn Frankreich und Deutschland nicht auf *wesentlichen* Gebieten kooperieren. Es war also logisch, mit dem Anfang zu beginnen.“

„Es ist wichtig, etwas Konkretes zu machen: Treffen, Austauschmaßnahmen für die Jugend und die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, Findung von Themen, wodurch die Einheit Deutschlands und Frankreichs fortschreiten kann.“ (...)

[817] „Von diesem Jahr an werden wir gegenseitigen Jugendaustausch durchführen, aber auch Begegnungen von Arbeitern, Gewerkschaftern und Bauern organisieren. Ebenfalls Austausch von militärischen Einheiten mit Manövern, und zwar französischen in Deutschland und deutschen in Frankreich. Das alles müsste eine große Wirkung entfalten.“ (...)

„Wir haben auch über die militärischen Probleme gesprochen. Adenauer ist darüber zunehmend besorgt. Er ist sich nicht mehr sicher, dass in allen Fällen die amerikanischen Atomwaffen Deutschland schützen würden. Er ist immer weniger überzeugt, dass, wenn die Russen die Bundesrepublik angriffen, die Amerikaner sie mit der Atombombe verteidigen würden.“

„Das Abkommen zwischen Kennedy und MacMillan in Nassau verschafft ihm keine Ruhe. Der einzige Beitrag, den Deutschland und eventuell Italien leisten würden, bestünde darin, ein Kontingent von Matrosen für die amerikanischen U-Boote zu entsenden. Zu keiner Zeit würden die Deutschen oder die Italiener konsultiert über den Einsatz der Waffen und die Strategie, usw. Es sei so, als würde man sich über einen lustig machen.“ (...)

AP: „In der Presse sagt man, dass der deutsch-französische Vertrag Risiken in sich birgt.“

GdG: (erregt) „Welche Risiken? Wenn Deutschland den Vertrag nicht ratifiziert, oder die Bestimmungen nicht beachtet? Obwohl es Deutschland war, das die Initiative dafür ergriffen hat? Das Risiko läge auf Seiten der Deutschen, wenn sie den Vertrag nicht respektierten.“

[818] Sie würden uns zwingen, unsere Politik so zu ändern, dass es für sie sehr gefährlich wäre.“ (...)

„Wir haben einen Vertrag mit einem Deutschland abgeschlossen, das in seiner Seele verstört ist. Der Kanzler ist am Ende seiner Laufbahn. Die Nachfolgekandidaten formieren sich. Das schafft eine politische Atmosphäre, die nicht günstig ist. Die Deutschen werden den Vertrag ratifizieren, dabei aber sagen, dass er ihnen nicht genügt oder dass er ihnen zu weit geht.“

„Wenn sie ihn nicht ratifizierten, hätten wir ihnen und Europa gegenüber ein gutes Gewissen und würden unsere Politik anders orientieren.“

AP: „In diesem Fall würde es sich doch wohl um eine Umkehrung der Bündnisse handeln? Würden Sie sich Russland zuwenden, so wie Sie es im Dezember 1944 gemacht haben?“

GdG: „Ja, wenn Sie so wollen. Aber mit mehr Erfolgchancen. Stalin ist nicht mehr da, die Welt hat sich geändert, das Sowjetreich bekommt Risse, sein militärischer und ideologischer Imperialismus ist auf dem Rückzug.“ (...)

„Das Beste ist es trotzdem, die Deutschen daran zu gewöhnen, uns zu folgen. Weiß Gott, mit wem sie sich ohne uns verbünden würden!“ (...)

„Die Angelsachsen fürchten, die neue deutsch-französische Annäherung nicht beeinflussen zu können. (...) Seit Jahrhunderten haben die Engländer versucht, die Annäherung zwischen Galliern und Germanen zu verhindern. Und jetzt tun das die Amerikaner auch.“

[819] „Kein Wunder, dass die Festigkeit meiner Haltung und die Unterstützung des deutschen Bundeskanzlers auf ihrer Seite Wirbel verursachen. (...)“

Conseil (Ministerrat), 24. Januar 1963

Couve (mit einem Hauch von Ironie in der Stimme): „Die Deutschen sind in einer unklaren Situation. Die Regierung wird wechseln. Wie werden sie den Vertrag umsetzen? Darüber hinaus provoziert dieses enge Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland negative Reaktionen bei unseren Partnern: die Furcht vor einer deutsch-französischen Dominanz; die Hoffnung, dass dieses Abkommen lediglich auf dem Papier steht.“

GdG: „Unsere Ablehnung der multilateralen Atomstreitmacht, unsere Weigerung, Großbritannien in die EWG aufzunehmen und schließlich die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages, der Benelux und Italien beiseite lässt – diese drei Ereignisse zusammen haben ein Erdbeben verursacht. Man muss sich nicht wundern, dass die anderen eifersüchtig sind. Aber es ist besser, Eifersucht als Mitleid zu erregen.“

[820] *Nach dem Ministerrat* gibt mir der General langsam eher beruhigende Hinweise für die Öffentlichkeit:

„Die Politik Frankreichs ist es, ein Europa zu schaffen, das seinen Namen verdient, das aus sich selbst heraus existiert, das seine eigene Wirtschaft, Verteidigung und Kultur hat. Das ist ein Thema, das man objektiv und leidenschaftslos behandeln muss. Frankreich ist zutiefst mit dem Aufbau Europas verbunden. In diesen Rahmen wollen wir von jetzt an unsere nationale Politik einordnen.“

„Wir bauen hartnäckig weiter an der EWG. Wir würden es zu schätzen wissen, wenn die Engländer in der Lage wären, hierzu genauso viel beizutragen.“

„Wir wollen ein kohärentes und eng verbundenes Kontinentaleuropa und ein atlantisches Bündnis, das lockerer ist, in dem Europa auf gleicher Höhe mit den Amerikanern wäre, die jedoch zur Zeit die gesamte Macht besitzen.“

„Wir hoffen, dass sobald wie möglich Großbritannien sich so weit entwickelt hat, dass es sich mit dem Kontinent verbinden kann und ihn der „Weite des Atlantiks“ vorzieht. Es ist entscheidend, dass Großbritannien in der Lage ist, alle Verpflichtungen des Europas der sechs zu erfüllen. Es ist klar, dass es dies noch nicht getan hat. Verhandlungen über seinen Beitritt können erst wieder aufgenommen werden, wenn es dies getan hat.“

Der General wartet einen Moment und verändert seinen Ton:

„Wir dürfen die Deutschen nicht verunsichern. Lassen wir Adenauer machen, er muss sich noch mit dem Bundestag und seinen eigenen Ministern herumschlagen. Der arme Kerl! Und das in seinem Alter! Aber sie müssen begreifen, dass, wenn sie den Vertrag nicht ratifizieren, es ein für alle Mal zu Ende ist. Dann werden wir uns neu orientieren.“

Mat 4/5:

Alain Peyrefitte, C'était de Gaulle. Trois Tomes. Tome 2, Paris 1997, Chapitre I/1

Der Informationsminister Alain Peyrefitte wird vom Staatspräsidenten General de Gaulle über wesentliche Überlegungen und Hintergründe im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Vertrag informiert.

[15] *Salon doré im Palais de l'Élysée*, 4. Januar 1963

(...) „Bis letztes Jahr haben wir die erste Entkolonialisierung beendet. Jetzt werden wir zur zweiten übergehen. Nachdem wir unseren Kolonien die Unabhängigkeit gegeben haben, werden wir uns auch unsere eigene nehmen. Westeuropa ist, ohne es zu merken, ein Protektorat der Amerikaner geworden. Es geht jetzt darum, sich von dieser Herrschaft zu befreien. In diesem Fall besteht aber die Schwierigkeit darin, dass die kolonisierten Staaten sich nicht wirklich befreien wollen. Seit Kriegsende haben uns die Amerikaner schmerzfrei und widerstandslos unterworfen.“

„Es ist dringend, die allgemeine Regungslosigkeit in der Verteidigungspolitik zu beenden. Die Entscheidungen darüber werden mehr und mehr in den USA getroffen. Ihnen hat man die Souveränität übertragen. Es ist wie im kommunistischen Block, wo die Satellitenstaaten sich daran gewöhnt haben, dass die Entscheidungen in Moskau getroffen werden.“

[16] *Matignon* (Sitz des Premierministers), 7. Januar 1963

Pompidou schneidet im kleinen Kreis das gleiche Thema an: „Wenn England in den gemeinsamen Markt käme, dann hinderte nichts mehr die großen amerikanischen Firmen daran, sich auf unserem Kontinent zu breitzumachen. Die gleiche Sprache, die gleiche Kultur, der gleiche Geist zwischen Engländern und Amerikanern bedeuten ein englisch-amerikanisches Konsortium mit einem übermächtigen Machtpotential im Bereich der Geschäftswelt.“

„Wir sind die Einzigen, die Europa gegen die amerikanische Invasion verteidigen.“

Alain Peyrefitte, C'était de Gaulle. Trois Tomes. Tome 2, Paris 1997, Chapitre III/3

[219] Das Jahr 1963 ist nicht nur das Jahr der großen Weigerungen des Generals: Verweigerung des gemeinsamen Marktes gegenüber England, Verweigerung der multilateralen Atomstreitmacht (MLF) gegenüber den Amerikanern. Das Jahr ist auch das Jahr eines großen Engagements, nämlich das Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland, die sich in einem feierlichen Vertrag miteinander verbinden. Adenauer und der General werden ihn im Elysee-Palast unterzeichnen.

Außenminister Couve de Murville kündigt am 3. *Januar 1963 im Conseil* (Ministerrat) folgendes an: „Kanzler Adenauer kommt am 21. und 22. Januar nach Paris. Die deutsch-französische Zusammenarbeit nimmt Gestalt an.“

GdG: „Wir werden zu zweit das tun, was Belgier und Holländer für das Europa der sechs verhindern wollen. Aber diese beiden zählen viel mehr als die vier anderen zusammen.“

Im *Conseil* (Ministerrat) am 9. *Januar 1963* berichtet Couve über die multilaterale Atomstreitmacht (MLF) im Gefolge des Abkommens von Nassau:

„Einerseits fürchten die Deutschen, dass Großbritannien und Frankreich eine besondere Stellung in der NATO bekleiden, die sie selbst nicht hätten; andererseits möchten sie gerne bei der Atomstreitmacht mitmachen und fühlen sich von ihr angezogen.“

GdG: „Die Deutschen haben Komplexe. Man muss sie verstehen.“

Der General ist sehr nachsichtig. Er hofft, dass die Anziehungskraft der neuen deutsch-französischen Beziehungen stärker sein wird und dass Deutschland mit Hilfe Frankreichs „sich dekolonisieren“ werde.

[221] *Salon doré* 23. Januar 1963

Der General hat mich zu sich gerufen, um mich zu informieren. (...) Er entwickelt seine Gedanken zum deutsch-französischen Vertrag. „Das ist nicht ein einfaches Abkommen so wie wir es zuerst vorgesehen hatten. Adenauer hat Wert darauf gelegt, es in die feierliche Form eines Vertrages zu kleiden und vom Bundestag ratifizieren zu lassen. Also sollten auch wir eine parlamentarische Zustimmung einholen.“ (...)

„Der Eindruck des Vertrages soll so spektakulär wie möglich sein. Adenauer hat mir gesagt, „die Erklärung und der Vertrag, die wir unterzeichnet haben, sind die Krönung meines Lebens.“ Wir sehen beide mit aller Ruhe die Aufregung um den Vertrag. Diese wird vorübergehen. Das Wesentliche, nämlich die deutsch-französische Annäherung, wird bleiben.“

„Diesem Vertrag können sich die vier anderen Mitglieder der EWG anschließen. Die europäische politische Zusammenarbeit ist unmöglich, wenn Frankreich und Deutschland nicht auf *wesentlichen* Gebieten kooperieren. Es war also logisch, mit dem Anfang zu beginnen.“

„Es ist wichtig, etwas Konkretes zu machen: Treffen, Austauschmaßnahmen für die Jugend und die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, Findung von Themen, wodurch die Einheit Deutschlands und Frankreichs fortschreiten kann.“ (...)

„Von diesem Jahr an werden wir gegenseitigen Jugendaustausch durchführen, aber auch Begegnungen von Arbeitern, Gewerkschaftern und Bauern organisieren. Ebenfalls Austausch von militärischen Einheiten mit Manövern, und zwar französischen in Deutschland und deutschen in Frankreich. Das alles müsste eine große Wirkung entfalten.“

„Wir haben auch über die militärischen Probleme gesprochen. Adenauer ist darüber zunehmend besorgt. Er ist sich nicht mehr sicher, dass in allen Fällen die amerikanischen Atomwaffen Deutschland schützen würden. Er ist immer weniger sicher, dass, wenn die Russen die Bundesrepublik angriffen, die Amerikaner sie mit der Atombombe verteidigen würden.“

„Das Abkommen zwischen Kennedy und MacMillan in Nassau verschafft ihm keine Ruhe. Der einzige Beitrag, den Deutschland und eventuell Italien leisten würden, bestünde darin, ein Kontingent von Matrosen für die amerikanischen U-Boote zu entsenden. Zu keiner Zeit würden die Deutschen oder die Italiener konsultiert über den Einsatz der Waffen und die Strategie, etc. Es sei so, als würde man sich über einen lustig machen.“

AP: „In der Presse sagt man, dass der deutsch-französische Vertrag Risiken in sich birgt.“

GdG: (erregt) „Welche Risiken? Wenn Deutschland den Vertrag nicht ratifiziert, oder die Bestimmungen nicht beachtet? Obwohl es Deutschland war, das die Initiative dafür ergriffen hat? Das Risiko läge auf Seiten der Deutschen, wenn sie den Vertrag nicht respektierten. Sie würden uns zwingen, unsere Politik so zu ändern, dass es für sie sehr gefahrvoll wäre.“ (...)

[223] „Wir haben einen Vertrag mit einem Deutschland abgeschlossen, das in seiner Seele verstört ist. Der Kanzler ist am Ende seiner Laufbahn. Die Nachfolgekandidaten formieren sich. Das schafft eine politische Atmosphäre, die nicht günstig ist. Die Deutschen werden den Vertrag ratifizieren, dabei aber sagen, dass er ihnen nicht genügt oder dass er ihnen zu weit geht.“ „Wenn sie ihn nicht ratifizierten, hätten wir ihnen und Europa gegenüber ein gutes Gewissen und würden unsere Politik anders orientieren.“

AP: „In diesem Fall würde es sich doch wohl um eine Umkehrung der Bündnisse handeln? Würden Sie sich Russland zuwenden, so wie Sie es im Dezember 1944 gemacht haben?“

GdG: „Ja, wenn Sie so wollen. Aber mit mehr Erfolgchancen. Stalin ist nicht mehr da, die Welt hat sich geändert, das Sowjetreich bekommt Risse, sein militärischer und ideologischer Imperialismus ist auf dem Rückzug.“ (...)

„Das Beste ist es trotzdem, den Deutschen ein Bündnisangebot mit uns zu machen. Weiß Gott, mit wem sie sich ohne uns verbünden würden!“ (...)

„Die Angelsachsen fürchten, die neue deutsch-französische Annäherung nicht beeinflussen zu können. Seit Jahrhunderten haben die Engländer versucht, die Annäherung zwischen Galliern und Germanen zu verhindern. Und jetzt tun das die Amerikaner auch.“

„Kein Wunder, dass die Festigkeit meiner Haltung und die Unterstützung des deutschen Bundeskanzlers auf ihrer Seite Wirbel verursachen. (...).“

[224] *Conseil* (Ministerrat), 24. Januar 1963

Couve: „Die Deutschen sind in einer unklaren Situation. Die Regierung wird wechseln. Wie werden sie den Vertrag umsetzen? Darüber hinaus provoziert dieses enge Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland negative Reaktionen bei unseren Partnern: die Furcht vor einer deutsch-französischen Dominanz; die Hoffnung, dass dieses Abkommen lediglich auf dem Papier steht.“

GdG: „Unsere Ablehnung der multilateralen Atomstreitmacht, unsere Weigerung, Großbritannien in die EWG aufzunehmen und schließlich die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages, der Benelux und Italien beiseitelässt – diese drei Ereignisse zusammen haben ein Erdbeben verursacht. Man muss sich nicht wundern, dass die anderen eifersüchtig sind. Aber es ist besser, Eifersucht als Mitleid zu erregen.“

Nach dem Ministerrat gibt mir der General langsam eher beruhigende Hinweise für die Öffentlichkeit:

„Die Politik Frankreichs ist es, ein Europa zu schaffen, das seinen Namen verdient, das aus sich selbst heraus existiert, das seine eigene Wirtschaft, Verteidigung und Kultur hat. Das ist ein Thema, das man objektiv und leidenschaftslos behandeln muss. Frankreich ist zutiefst mit dem Aufbau Europas verbunden. In diesen Rahmen wollen wir von jetzt an unsere nationale Politik einordnen.“

„Wir bauen hartnäckig weiter an der EWG. Wir würden es zu schätzen wissen, wenn die Engländer in der Lage wären, hierzu genauso viel beizutragen.“

„Wir wollen ein kohärentes und eng verbundenes Kontinentaleuropa und ein atlantisches Bündnis, das lockerer ist, wo Europa auf gleicher Höhe mit den Amerikanern wäre, die jedoch zur Zeit die gesamte Macht besitzen.“

„Wir hoffen, dass sobald wie möglich Großbritannien sich so weit entwickelt hat, dass es sich mit dem Kontinent verbinden kann und ihn der „Weite des Atlantiks“ vorzieht. Es ist entscheidend, dass Großbritannien in der Lage ist, alle Verpflichtungen des Europas der sechs zu erfüllen. Es ist klar, dass es dies noch nicht getan hat. Verhandlungen über seinen Beitritt können erst wieder aufgenommen werden, wenn es dies getan hat.“

Der General wartet einen Moment und verändert seinen Ton: „Wir dürfen die Deutschen nicht verunsichern. Lassen wir Adenauer machen, er muss sich noch mit dem Bundestag und seinen eigenen Ministern herumschlagen. Der arme Kerl! Und das in seinem Alter! Aber sie müssen begreifen, dass, wenn sie den Vertrag nicht ratifizieren, es ein für alle Mal zu Ende ist. Dann werden wir uns neu orientieren.“

Mat 4/6

23. Januar 1963: Fernsehansprache von Bundeskanzler Konrad Adenauer anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die deutsch-französischen Zusammenarbeit

Gestern Abend um diese Zeit haben wir in Paris einen Vertrag unterzeichnet, der die Zusammenarbeit der beiden Völker für unbegrenzte Zeit regeln soll. Auf französischer Seite haben unterschrieben der Präsident der Französischen Republik, de Gaulle, der Ministerpräsident Pompidou, der französische Außenminister Couve de Murville; auf deutscher Seite ich als Bundeskanzler und Außenminister Dr. Schröder. Dieser Vertrag ist in monatelanger sehr sorgfältiger Arbeit vom Auswärtigen Amt Frankreichs und vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet worden. Der Vertrag ist in seiner Art, glaube ich, einzigartig in der Geschichte, und zwar deswegen, weil er die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern auf unbegrenzte Zeit hinaus vorsieht. In allen Schichten und in allen Ständen soll diese Freundschaft gepflegt werden.

Der französische Staatspräsident de Gaulle hat den Vorgang der Unterzeichnung als einen einmaligen Vorgang in der Geschichte bezeichnet, nach meiner Meinung mit Recht. Wir müssen uns darüber klar sein, wenn wir diesen Vertrag sehen, was vorangegangen ist. Seit über vier Jahrhunderten bestehen zwischen Deutschland und Frankreich Spannungen, Streitigkeiten, die oft genug zu blutigen Kriegen führten. Ich darf daran erinnern, daß der letzte Krieg mit Frankreich ja noch gar nicht so lange vorbei ist, der Krieg, in dem wir die Besiegten waren. Ich darf auch daran erinnern, daß damals eine große Gefahr für Deutschland bestand, die Gefahr nämlich, daß Deutschland aufgeteilt und zerstückelt wurde. Wir sind auch jetzt noch nicht miteinander vereint, und deswegen enthält dieser Vertrag auch die Berlin-Klausel, die in allen Verträgen mit anderen Ländern steht.

Aber wenn man geschichtlich denkt und wenn man sich die Wende vor Augen hält, die nunmehr zum Teil schon in den Beziehungen zwischen diesen beiden Völkern eingetreten ist, zum Teil weiter, durch diesen Vertrag gefördert, eintreten wird, dann muß man in der Tat sagen: Welch großartiger Fortschritt in der Geschichte dieser beiden Völker, die mitten in Europa gelegen sind, die Nachbarn sind, die von gemeinsamen Gefahren bedroht sind, deren Schicksal, so wie die Welt sich entwickelt hat, dasselbe sein wird, Welch ein großes Glück, daß diese beiden Völker nun zueinander gefunden haben!

Meine verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, es würde kein Europa geben, wenn nicht diese wirkliche Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland vorangegangen wäre. Alle die europäischen Institutionen, die wir bisher schon geschaffen haben, wären undenkbar ohne eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Ich sage wohlüberlegt, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Stellung in der Welt, die sie jetzt innehat, nicht innehaben würde, wenn noch der Spannungszustand mit Frankreich bestände, wie er bei Ausgang des Krieges bestanden hat.

Ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Vertrag später einmal von der Geschichtsschreibung als eines der wichtigsten und wertvollsten Vertragswerke der Nachkriegszeit bezeichnet werden wird, und ich bin fest davon überzeugt, daß er sich zum Nutzen beider Völker auswirken wird und zum Nutzen Europas und zum Frieden der Welt.

http://www.konrad-adenauer.de/print.php?menu_sel=&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=11027&start_month=&start_year=&content_date=&daynum=

Die Aufnahme, die die deutsche Delegation gestern und vorgestern in Paris gefunden hat, insbesondere beim Präsidenten der Französischen Republik, Herrn de Gaulle, war außerordentlich freundschaftlich und warm. Wir haben uns in voller Offenheit, die Minister, die mich begleiteten, mit den französischen Ministern, Präsident de Gaulle und ich, unterhalten können über die schwierigen Probleme in der Welt. Wir haben auch in gemeinsamen Besprechungen, die uns alle vereinten, sehr offen und sehr klar unsere Meinung über alles sagen können, und ich habe zu meiner großen Freude feststellen können, daß die Angehörigen der beiden Völker doch in allen wesentlichen Punkten völlig übereinstimmen.

Ihnen, meine Zuhörerinnen und Zuhörer, die Verträge im einzelnen vorzutragen, würde sich wohl kaum empfehlen. Man muß ein solches Vertragswerk lesen, die Zeitungen veröffentlichen es ja. Es wird von uns dem Bundesrat und dem Bundestag zugeleitet werden, weil nach unserer Verfassung jeder Vertrag mit dem Ausland in der Form eines Gesetzes durch Bundesrat und Bundestag genehmigt werden muß. Ich hoffe, daß in wenigen Monaten, in der üblichen Zeit, die ein Gesetz bei uns braucht, um Gesetz zu werden, auch dieser Gesetzentwurf seine Vollendung gefunden hat und daß dann die Arbeit, die wir zwischen Frankreich und Deutschland nun seit Jahren begonnen haben, weiter gepflegt werden kann.

Auf eines möchte ich hinweisen. Ein erheblicher Teil dieses Vertrages richtet sich an die Jugend. Er will, daß die Jugend beider Völker aller Stände, nicht nur Schüler und Schülerinnen oder Studenten und Studentinnen, sondern auch die Angehörigen der arbeitenden Berufe, sich kennenlernen, daß sie ihre Sprache, ihre Naturschätze, ihre Kulturschätze kennenlernen, und so eine große Heimat auch in dem anderen Lande wiederfinden. Das, glaube ich, ist ein Ziel, das jeder, auch jeder Politiker, unbedingt bejahen muß. Weil der Vertrag eben für viele, viele Jahre berechnet ist, wird die deutsche Jugend und die französische Jugend jetzt und in Zukunft berufen sein, diesen Vertrag in die Wirklichkeit zu überführen.

Als wir gestern aus dem Elysée schieden, hatten wir alle, Franzosen und Deutsche, das sichere Gefühl, etwas wirklich Gutes getan zu haben - lassen Sie mich noch einmal wiederholen, was ich eben sagte -, etwas Gutes getan zu haben für Deutschland und Frankreich, für Europa und für den Frieden in der ganzen Welt.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 16 vom 25. Januar 1963, S. 129f.

Mat. 4/7

Chrysostomus Zodel: Die Versöhnung, in: Stuttgarter Nachrichten, 24. Januar 1963

Wer sich einen Sinn für Geschichte bewahrt hat und nicht im Heute lebt, als habe es ein Gestern nicht gegeben, wird die Szene im Pariser Elysee-Palast, die versöhnende Umarmung zwischen dem französischen Staatschef de Gaulle und dem deutschen Bundeskanzler Adenauer als historisches Bild zu schätzen wissen. Schon eine kurze Erinnerung an andere Bilder wird den Wert dieser staatsmännischen Geste erklären. Im Schloß von Versailles, auf dem Boden eines besiegten Gegners, wird 1871 der preußische König zum Kaiser des Bismarckschen Reiches ausgerufen; im Wald von Compiègne nehmen 1918 französische Unterhändler das Eingeständnis der Niederlage dieses Reiches entgegen; an der gleichen Stelle tanzt 1940 Hitler, als er gegen Frankreich eine Schlacht, aber nicht seinen Krieg gewonnen hat; vier Jahre später zieht de Gaulle als Befreier seines Landes in der französischen Hauptstadt ein, als Gegner der Deutschen. Vor einem Jahrzehnt sieht Adenauer die ersten Früchte seines Bemühens um eine Versöhnung zwischen den feindlichen Nachbarn am Rhein, zusammen mit Robert Schuman knüpft er das Band der Montanunion. Die Annäherung ist zunächst vom Misstrauen getrieben, aber auch vom Streben, eine Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern auf immer unmöglich zu machen. Als 1958 de Gaulle wiederkommt, wird in unserem Lande zweifelnd nach dem Schicksal der deutsch-französischen Freundschaft gefragt. Und jetzt, nach fünf Jahren, wird der Schlusspunkt gesetzt, umarmen sich die Staatsmänner der ehemals feindlich gesinnten Länder, wird in einem Vertrag die künftige Zusammenarbeit geregelt – und die Freude darüber ist weder allgemein noch ungetrübt.

Der Blick in die Vergangenheit und die Freude über ihre Bewältigung genügen offenbar nicht, um eine allgemeine Zustimmung zu sichern. Die kritischen Beobachter des Versöhnungsvertrages haben nichts gegen die deutsch-französische Umarmung einzuwenden, sie fürchten nur, dass aus dieser Freundschaft andere europäische Staaten ausgeschlossen werden und dass die Umarmung zu einem ungünstigen Zeitpunkt geschah. Der Inhalt des Vertragswerkes bestätigt diese Befürchtungen nicht. Man könnte den Staatsmännern allenfalls vorhalten, dass die Bindungen zu locker und die Verpflichtungen zu unverbindlich seien. Gewiß, die Regierungschefs, die Minister, die Generalstabschefs und die höheren Beamten werden sich in festgelegten Zeitabständen treffen, die Regierungen wollen ihre Arbeit auf bestimmten Gebieten koordinieren; sie verpflichten sich, vor jeder neuen Entscheidung in allen wichtigen Fragen miteinander zu beraten, um soweit wie möglich auch gleichgerichtet zu handeln, ja sie wollen sogar eine gemeinsame Verteidigungskonzeption entwickeln; aber die Richtung der auf solche Weise geregelten politischen Reise ist nicht festgelegt.

Worauf die beiden Staatsmänner, die den Vertrag geschlossen haben, vertrauen, könnte man als eine Art politisches Trägheitsgesetz bezeichnen. Wird die Politik Frankreichs und der Bundesrepublik einmal auf diesem vereinbarten Geleise angeschoben, bewegt sie sich auch in diesen Bahnen. Der Bundeskanzler hat recht, wenn er davor warnt, die Zustimmung zu diesem Vertragswerk mit einem Ja de Gaulles zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu koppeln, zu argumentieren, wenn de Gaulle nicht ja zu Englands Bewerbung sagt, sagen auch wir Deutsche zu seinem Angebot nicht ja. Die deutsch-französische Annäherung ist auch ohne Zugabe erstrebenswert, und der vorgelegte Vertrag dient diesem Ziel in einer Weise, die andere Bündnispartner nicht stören muß. Eine Ausflucht wäre daher ebenso wenig zu verantworten wie ein listiges Erpressungsmanöver.

Überdies ist zu bemerken, dass die französische Politik, auch der Kurs de Gaulles, von deutscher Seite weit stärker innerhalb des Vertragswerkes beeinflusst werden kann, als gegenüber einem brüskierten de Gaulle. Man darf sogar erwarten, dass die besiegelte Bindung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich in manchen Punkten den Pariser Widerstand gegen die Erweiterung Europas um Großbritannien verringert. Da die Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Geschichte dem französischen Freundschaftsangebot nicht ausweichen darf, da es ohne die Einigkeit beider Staaten kein einiges Europa geben kann, da der Vertrag aus sich heraus den Weg nach Europa nicht versperrt und das Bündnis nicht sprengt, kann nur zugestimmt werden.

Mat 4/8

Marion Gräfin Dönhoff, Warnung vor de Gaulle

Sein Europa-Plan ist unseres Europas Todesurteil, DIE ZEIT 15.02.1963

www.zeit.de/1963/07/warnung-vor-de-gaulle/komplettansicht

Mat. 4/9 „Die Patentlösung. Voilà, wir werden doppelt so schnell sein ..“

Karikatur von Ernst Maria Lang

<http://www.cvce.eu/viewer/-/content/94bbed50-4e5d-419f-84f2-7a6f89acc8fd/e6c92279-54e6-4050-ac2e-5dfd4b15aaa1/de>

Quelle:

LANG, Ernst Maria: So Lang die Tusche reicht, Respektlose Aufzeichnungen über die Zeit & Zeitgenossen. München: Süddeutscher Verlag GmbH, 1976, S. 54.

Mat. 4/10

Karikatur von David Low

<http://www.cvce.eu/viewer/-/content/35e4c40e-228b-4d42-8809-0ecdd6c79e12/1beccfab-a71f-4d85-9c9e-b4a347d593b4/en>

Legende :

"Baby, draußen ist es kalt". Am 25. Januar 1963, drei Tage nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags im Élysée-Palast, präsentiert der britische Karikaturist David Low seine Sicht der Dinge.

Von links nach rechts der französische Staatspräsident de Gaulle, Bundeskanzler Konrad Adenauer. Am Fenster der britische Premierminister Harold Macmillan und der amerikanische Präsident John F. Kennedy.

Quelle:

Low, David, "Baby, It's cold outside", in: The Guardian. 25.01.1963.

Mat. 4/11

André FRANÇOIS-PONCET: Das Bäumchen, in: „LE FIGARO“

26.01.1963

Der Vertrag, den der französische Staatschef und der deutsche Bundeskanzler am 22. Januar unterzeichnet haben, ist die Krönung einer seit 1949 dauernden Anstrengung. Das Verdienst gebührt Robert Schuman, Konrad Adenauer und in nicht geringerem Maße dem General de Gaulle, der nicht zögerte, sich einer Politik anzuschließen, die er in ihren Anfängen nicht billigte.

Wir unsererseits haben das Ereignis beständig herbeigewünscht und unser Bestes getan, dafür an dem Ort, an dem wir arbeiteten, die Wege zu bereiten. Deshalb freuen wir uns, dass es Wirklichkeit wird und sind glücklich, lange genug gelebt zu haben, um es zu erleben, an einem Tag, den wir für einen großen Tag halten.

In Wirklichkeit war ein Vertrag nicht unabdingbar. Man hätte sich damit begnügen können zu sagen, dass die Vertragsschließenden übereingekommen sind, so eng wir möglich in möglichst vielen Bereichen zusammen zu arbeiten. Dieser Satz hätte alles Übrige beinhaltet. Man war allerdings der Meinung, dass ein in Vertragsklauseln formulierter Text mehr Gewicht, mehr Feierlichkeit und mehr Wirkung besäße. Aber vor allem erfordert er in dieser Form die Ratifizierung durch die Parlamente. Die Verantwortung dafür wird also nicht nur von zwei Personen übernommen, sondern von der qualifizierten Vertretung beider Länder. Er hat auf diese Weise mehr Aussicht auf Dauer.